



**Der Grüne Klub im NÖ Landtag**  
Landhausplatz 1, Haus 1  
A-3109 St. Pölten

**Telefon** +43 (0) 2742/9005-16700

**Telefax** +43 (0) 2742/9005-16710

**E-mail:** [landtag@gruene.at](mailto:landtag@gruene.at)

**Web:** <http://noe.gruene.at>

**Emmerich Weiderbauer**  
Landtagsabgeordneter

An das  
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung  
Abteilung Kultur & Wissenschaft  
z.H. Frau Dr. Angela Apel

Landhausplatz 1  
3109 St. Pölten

per email an: [post.k1@noel.gv.at](mailto:post.k1@noel.gv.at)

St. Pölten, am 1. Juni 2010

**Betrifft: Stellungnahme zur geplanten Erwachsenenregelung im Entwurf zur Änderung des NÖ Musikschulplans mit kommendem September 2010 beziehungsweise Jänner 2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 4. Mai 2010 hat der Musikschulbeirat beschlossen, Landesförderungen für den Musikschulunterricht nur mehr bis zum 19. Lebensjahr zu gewähren. Zu dieser kurzfristig einberufenen und vorverlegten Sitzung wurden reguläre Mitglieder des Beirates nicht geladen, während Nichtmitglieder daran teilnahmen.

Derzeit liegt ein entsprechender Entwurf des NÖ Musikschulplans zur Bürgerbegutachtung vor, der vorsieht, Stunden von erwachsenen MusikschülerInnen mit wenigen Ausnahmen seitens des Landes nicht mehr zu fördern.

Argumentiert wird diese beabsichtigte Maßnahme damit, dass das Hauptaugenmerk der Musikschulen auf der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen liege, die anscheinend derzeit nicht ausreichend gefördert werden können, und dass man sich angesichts der angespannten finanziellen Situation des öffentlichen Haushalts umso mehr auf die „Kernaufgaben“ des Musikschulwesens konzentrieren wolle. Außerdem wäre es weiterhin möglich, Erwachsene in nicht geförderten Wochenstunden innerhalb der Musikschulen zu unterrichten. Deren Förderung soll entweder von den Gemeinden übernommen werden, oder die Erwachsenen sollen diese zur Gänze selbst bezahlen.

e-mail: [emmerich.weiderbauer@gruene.at](mailto:emmerich.weiderbauer@gruene.at)

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Gemeinden ist davon auszugehen, dass der Musikunterricht für Erwachsene künftig ausschließlich von den Erwachsenen selbst und ohne Förderungen zu finanzieren sein wird.

Mit dieser geplanten Neuregelungen werden Musikschulen unter starken Druck gesetzt und ein bisheriges gesellschaftspolitisches Ziel, allen Altersgruppen ein lebendiges musikalisches Zusammenleben im Sinne einer ästhetischen Bildung zu vermitteln, aufgegeben.

Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob es allen Musikschulen gelingen wird, die durch die geplante gesetzliche Neuregelung frei werdenden Unterrichtsplätze mit Kindern und Jugendlichen aus den Wartelisten nach zu besetzen. Dies bedeutet auch zusätzliche finanzielle Belastung für die Gemeinden, welche Plätze für Kinder und Jugendliche fördern. Erwachsene werden sich etwaige Unterrichtseinheiten künftig wohl ausschließlich selbst finanzieren müssen.

Zahlen und Erwartungen aus dieser gesetzlichen Neuregelung liegen bis dato nicht vor. Auch wurden bisher weder die MusikschullehrerInnen noch die betroffenen erwachsenen MusikschülerInnen von den Verantwortlichen über die Planung dieser einschneidenden Maßnahme und alle damit verbundenen Konsequenzen informiert.

Aus konkret an mich herangetragenen Fallbeispiele von der Situation in einigen NÖ Musikschulen gilt es zu berücksichtigen:

1. Es gibt Musikschulen mit wenigen Anmeldungen bzw. mit einem hohen Erwachsenenanteil. In diesen Musikschulen können die durch den Wegfall von erwachsenen Schülern freiwerdenden Kapazitäten aufgrund der mangelnden Nachfrage nicht mit Kindern und Jugendlichen aufgefüllt werden.
2. Die Nachfrage nach bestimmten Musikinstrumenten ist altersspezifisch sehr unterschiedlich. Das Spielen und Erlernen mancher Musikinstrumente bedarf gewisser körperlicher Grundvoraussetzungen (wie zB Körpergröße, Lungenvolumen, etc.). Das hat zur Folge, dass Musiklehrer, die auf solche Musikinstrumente spezialisiert sind, den Wegfall erwachsener Schüler ebenfalls nicht mit Kindern und Jugendlichen kompensieren werden können. Davon sind insbesondere Mangelinstrumente betroffen, die zuletzt in Bezug auf Unterricht und Instrumentenankauf richtigerweise verstärkt gefördert wurden.
3. Selbst in Musikschulen, in denen eine entsprechende Nachfrage in allen Fächern besteht, ergeben sich finanzielle Probleme aufgrund der Tatsache, dass erwachsene Schüler höhere Tarife bezahlen als Kinder und Jugendliche. Eine entsprechende Erhöhung der Förderungen werden sich viele, teils hoch verschuldete Gemeinden nicht leisten können. Eine entsprechende Erhöhung des Schulgeldes hätte jedoch wiederum Abmeldungen oder weniger Wiederanmeldungen zur Folge was wiederum zu Stundenkürzungen führt.

In der Praxis werden daher - obwohl der NÖ Musikschulplan theoretisch keine allgemeinen Einsparungen der Landesförderung vorsieht - viele Musikschulen ihr Unterrichtsangebot aufgrund der geplanten Neuregelung reduzieren müssen. Einzelne Musikschulen werden möglicherweise von Schließungen bedroht sein, viele MusikschullehrerInnen in der Praxis weniger Stunden haben. Aufgrund der geplanten Erwachsenenregelung werden MusikschullehrerInnen von Kündigungen bedroht sein.

Manche Erwachsene können es sich wahrscheinlich wirklich leisten, den vollen Musikschulbeitrag zu bezahlen, aber ganz viele können das nicht! Daher müssen die Gemeinden und Land müssen für einkommensschwache Erwachsene und Familien nach bestimmten Kriterien entsprechende Förderung und Familientarife anbieten.

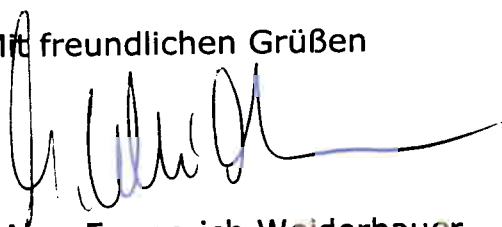
Obwohl ich stellvertretend für den Grünen Landtagsklub einige der Argumente des Musikschulbeirates nachvollziehen kann, erscheint mir die gewählte Vorgangsweise als nicht zielführend.

Ich gehe davon aus, dass in den meisten Musikschulen ohnehin Kinder und Jugendliche Vorrang gegenüber erwachsenen SchülerInnen haben und Erwachsene, die aus den verschiedensten Gründen ein absolut wichtiger Bestandteil des Unterrichts in Musikschulen sind, mit den verbleibenden Plätzen das Auslangen finden müssen. Oft ist es auch so, dass gerade Eltern von MusikschülerInnen auch Musikunterricht nehmen wollen und es somit zu großen finanziellen Belastungen für Familien kommt. Im Familien- und Kulturland Niederösterreich sollten daher Förderungen selbstverständlich sein. Den Gemeinden wieder einmal, wie in vielen anderen Bereichen, die Entscheidung ob gefördert wird, oder nicht, zu überlassen, halte ich bei der finanziellen Situation der Kommunen für absolut kontraproduktiv.

**Ich rege daher dringend an zurück an den Start zu gehen und diese Thematik unter Einbeziehung aller Betroffener neu zu verhandeln und nicht im kommenden, sondern im nächsten Musikschuljahr 2011/12 eine gut vorbereitete, von vielen getragene Lösung umzusetzen.**

Die in Begutachtung befindliche Änderung des NÖ Musikschulplanes (LGBI 5200/2 Art. I Z. 2 § 2 Abs. 3) ist daher abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen



LABg. Emmerich Weiderbauer  
Bildungssprecher der Grünen NÖ.